VR-07 (V-103)-129-4 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Bundesvorstand der Grünen Jugend
Beschlussdatum: 25.10.2024

## Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 128 bis 130 einfügen:
Geflüchteten. Wir werden uns weiter für Verbesserungen auf Europäischer Ebene einsetzen, aber die Rechtsakte müssen nun wie jedes Recht umgesetzt werden. Unsere Bewertung der Einigung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem bleibt unverändert. Wir werden die Umsetzung in deutsches Recht aktiv begleiten und dabei alle Spielräume nutzen, um den Schutz von Menschen auf der Flucht zu verbessern. Grenzverfahren, die mit einer de-facto-Inhaftierung einhergehen und keine inhaltliche Prüfung von Fluchtgründen garantieren, sind nicht human und werden den Rechten und Nöten schutzsuchender Menschen nicht gerecht. Daher setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, dass EU-Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden und Schutzsuchende nicht inhaftiert werden. Geschlossene Lager, Transitzonen oder europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab. Die
Reform droht jedoch zu scheitern, schon bevor sie im Juni 2026 in Kraft tritt.